

1515 Lehrerstellen für die Inklusion an staatlichen Schulen Volksinitiative kritisiert, dass für Körperbehinderte zwei Drittel der Therapiestunden ausfallen

Hamburg Knapp zwei Jahre nach der Einigung der Bürgerschaft mit der Volksinitiative „Gute Inklusion“ hat Schulsenator Ties Rabe (SPD) ein positives Fazit zum Stand der Inklusion gezogen. So habe sich die Zahl der Lehrerstellen, die ausschließlich für diesen Bereich vorgesehen seien, mehr als verdoppelt: von 718 Stellen im Jahr 2010 auf jetzt 1515 Stellen.

„Die Bürgerschaft hatte mit der Volksinitiative vereinbart, die im Schuljahr 2017/18 eingesetzten 1222 zusätzlichen Lehrerstellen für die Inklusion innerhalb von sechs Jahren um rund 300 zusätzliche Stellen anzuheben“, sagte Rabe. Diese Vorgabe sei bereits jetzt mit einem Zuwachs von 293 auf 1515 Stellen so gut wie erreicht. „Aufgrund der weiterwachsenden Schülerzahlen und weiterer Verbesserungen der Schulbehörde gehen wir davon aus, dass wir die vereinbarten 300 zusätzlichen Stellen am Ende des Prozesses deutlich übertreffen werden“, sagte Rabe.

Seit 2010 können die Eltern aussuchen, ob sie ihr sonderpädagogisch förderbedürftiges Kind auf einer allgemeinen Schule für den inklusiven Unterricht oder einer Sonderschule anmelden. Die Wahlmöglichkeit führte dazu, dass die Kinder und Jugendlichen an Sonderschulen seit dem Schuljahr 2010/11 von 6010 auf 3975 Schülerinnen und Schüler zurückgegangen ist.

Diesem Rückgang um 2035 Jungen und Mädchen steht allerdings eine deutlich größere Steigerung der inklusiv beschulten Kinder und Jugendlichen an Grund-, Stadtteilschulen und Gymnasien gegenüber: von 2039 im Schuljahr 2010/11 um 5620 auf aktuell 7659. Insgesamt stieg die Zahl sonderpädagogisch förderbedürftiger Kinder im genannten Zeitraum von 8049 auf 11.634. Experten führen den Anstieg vor allem darauf zurück, dass die sonderpädagogische Förderbedürftigkeit vieler Kinder und Jugendlicher früher nicht erkannt wurde.



Schulsenator Ties Rabe (SPD) ist zufrieden mit dem Ausbau der Inklusion.

Die Volksinitiative „Gute Inklusion“ wirft Rabe in einer Erklärung vor, dass die Personalausstattung pro Kind mit Förderbedarf 2012 massiv gekürzt worden sei. Auch die 300 zusätzlichen Lehrerstellen für die Inklusion reichten nicht aus. „Damit werden die Kürzungen pro Kind mit Förderbedarf in den vorangegangenen Jahren aber nur zum Teil kompensiert“, heißt es in der Erklärung.

Die Initiative kritisiert außerdem, dass zwei Drittel der Therapie- und Pflegestunden für körperbehinderte Kinder in inklusiven Schulen ausfielen. An den Sonderschulen fielen dagegen nur zehn Prozent der Stunden aus. „Die beschlossene Gleichbehandlung von Kindern mit einer Behinderung in Inklusion und Sonderschule findet nicht statt“, schreiben die Initiatoren von „Gute Inklusion“.

Rabe wies darauf hin, dass in den kommenden Jahren 135 Millionen Euro in den barrierefreien Ausbau der Schulen investiert werden. Die Initiative monierte, dass an mehreren Schulen auch nach einem Umbau nicht alle Klassen barrierefrei zu erreichen seien. pum